

# az OBERAARGAU

LANGENTHAL UND KANTON BERN

## «Dann muss der Kanton halt abstottern»

**Oberaargau/Emmental** Wirtschaftspräsident Bernhard Meyer zum Zubringer-Nein des Bundesrates

VON SAMUEL THOMI

Der Bundesrat will den Autobahnzubringer Oberaargau und die Emmental-Zufahrt nicht ins Nationalstrassennetz aufnehmen (vgl. gestriges az Langenthaler Tagblatt). Wie ein Sprecher des Bundesamts für Strassen erklärte, erfüllen die beiden Verbindungen die darin festgelegten Kriterien nicht. Sowieso habe der Bundesrat nur bestehende Strassen aufgenommen. Ins Nationalstrassennetz aufgenommen hat der Bund dagegen die A6 zwischen Schönbühl und Biel, die Kandertalstrasse sowie die Verbindung Murten-Neuenburg via Ins.

In einer ersten Reaktion zeigte sich der Regierungsrat des Kantons Bern enttäuscht über die Nichtberücksichtigung der zwei Autobahnzubringer. Gegenüber der Nachrichtenagentur SDA sagte Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin Barbara Egger, das Geschäft sei in der vorberatenden Kommission «nicht so schlecht» angekommen. Deswegen sei sie auch «guter Dinge, dass das Parlament den Nutzen der beiden Strassen einsieht und für die Aufnahme im Netzbeschluss sorgt.» Andernfalls sei es möglich, via Agglomerationsprogramm Gelder vom Bund für beide Strassen zu erhalten, «aber nur punktuell», so Egger. Allein könne der Kanton die für 170 Millionen Franken (Oberaargau) respektive 350 Millionen (Emmental) veranschlagten Umfahrungen niemals realisieren.

**Herr Meyer, als Präsident des Wirtschaftsverbands Oberaargau (WVO) und Autobahnzubringer-Promotor: Überrascht sie der Bundesentscheid?** Bernhard Meyer\*: Mich persönlich ehrlich gesagt kaum. In den Ballungszentren der Schweiz oder am Gottard gibt es grössere Verkehrsproble-



Bernhard Meyer ist überzeugt, den Oberaargau-Zubringer notfalls privat finanzieren zu können. FOTOS: MT/ZVG/SAT

### «Klar löst die Umfahrung Aarwagens mit Brücke noch nicht alle Probleme.»

me. Daher war ich stets der Ansicht, der Kanton müsse die Umfahrung Aarwagens mit einer Brücke bezahlen.

**Bern musste für 2012 eben ein Sparpaket schnüren, und weitere Sparmassnahmen stehen bald an.**

Der Kanton muss schauen, dass Langenthal und die Region wirtschaftlich nicht von der Landkarte verschwinden. Dass der Bund nun zwei Jahre zögerte, muss Frau Egger recht gekommen sein.

**Nochmals: Der Kanton muss sparen...**

Man darf nicht ausblenden, dass der Bau der Autobahnzubringer Oberaargau und Emmental auch Investitionen sind. Das sind nicht nur Kosten. Sie ergeben der Region auch einen Return in Form von Steuergeldern. Dafür würde man lieber bei all den verschnörkelten Dorfeinfahrten sparen und einmal wirklich grosse Projekte angehen.

**Auch die Westumfahrung Aarwagens als Best-Variante wird laut Zweckmässigkeitsbeurteilung die Wirtschaftlichkeit knapp nicht erreichen.**

Ich will die gemachten Berechnungen nicht anzweifeln, sie beinhalten aber nicht alle Komponenten. Würde man etwa den erhöhten Steuerertrag einrechnen, sähe das Ergebnis schon anders aus. Man schaue bisher immer nur die Kosten an, der wirtschaftliche Nutzen wurde nie berücksichtigt.

**Die private Vorfinanzierung der Bauten mittels Private Public Partner-**

**ship (PPP) käme den Kanton teurer.** Ich bin überzeugt, dass man den Oberaargau-Zubringer in der aktuellen Situation erst recht als PPP finanzieren kann. Baulich kann man ihn nicht etappieren. Finanziell aber schon: Dann muss der Kanton die Investition halt abstottern. Für andere millionenteure Strassenprojekte, etwa im Oberland, hat Bern Geld.

**Hauptargument Ihrerseits waren bisher die 3,5 Minuten Zeitgewinn.**

Das ist für viele ein Argument, aber nicht für alle Industriebetriebe. Es ist nun mal so, dass sich die Wirtschaft an Verkehrsachsen ausbreitet.

**Wo sonst noch drückt der Schuh? Als WVO-Präsident haben Sie ja oft Gespräche mit Wirtschaftsführern.**

Im Grossen und Ganzen natürlich da, wie überall in der Schweiz: Die grossen Exportfirmen leiden unter dem starken Franken. Ein spezifisches Oberaargauer Problem dagegen ist, dass wir mit den Berner Steuersätzen für Privatpersonen nicht interessant sind.

**Zum Beispiel Erich Trösch, der unter Protest nach Nidwalden zog?**

Ja. Mir sind aber vor allem Beispiele bekannt von Kaderleuten, die eingestellt wurden und sich lieber im Aargau oder Luzernischen niederliessen. Wer hier aufwuchs, bleibt meist.

**Allein: Mit Steuersenkungen fürs Kader wäre das Gros der in den letzten Wochen bekannt geworde-**

**nen Stellenabbauten in der Region wie jenem der Bystronic Glass in Bützberg wohl kaum abgewendet.**

... so löst auch Aarwagens Umfahrung mit Brücke noch nicht alle Probleme.

**...was braucht es sonst noch? Punkto Export liegt die Region Oberaargau nach Bern und Biel an dritter Stelle.** Raumplanerisch frage ich mich, warum das beste Industrieland an Autobahnausfahrten überall Landwirtschaftszone ist. Nichts gegen die Landwirtschaft: Zieht Schöni Transporte aus Wynau jedoch nach Rothrist, fehlen dem Kanton die Steuern. Und die Region verliert ein bekanntes Unternehmen und Jobs.

**Das ist offenbar der Volkswille.**

Im «Santiklaus» in Oberbipp war Schöni unerwünscht, in Niederbipp wurde kürzlich die bauwillige Bell-Gruppe fast schon aus dem Dorf vertrieben: Es ist zunehmend ein Problem, wenn ein paar Stimmbürger an Gemeindeversammlungen solch lange vorbereitete Projekte mit Hunderten von Arbeitsplätzen bodigen. Da nützt auch nichts, wenn sich die bernische Wirtschaftsförderung dafür einsetzt.

**Zurück zu den Autobahnzubringern Oberaargau und Emmental: Wie geht es weiter aus Ihrer Sicht?**

Das muss die Lobby-Gruppe der Regionen Emmental und Oberaargau in den nächsten Wochen entscheiden. Und: Die Standesinitiative des Grossen Rates beim Bund ist ja noch hängig.

### Bahnbeschluss des Bundesrats: Drei Berner Projekte gefährdet

Nach dem Bahn-Beschluss des Bundesrates sind im Bernbiet drei dringliche Bahn-Projekte gefährdet. Das machte die bernische Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion deutlich. Bern begrüsst grundsätzlich den Plan des Bundesrates, die Finanzierung der Bahninfrastruktur nachhaltig zu sichern. Die neue Aufgabenteilung sieht vor, dass Kantone künftig Publikumsanlagen in Bahnhöfen finanzieren. Im Gegenzug übernimmt der Bund die Infrastruktur-Finanzierung der Privatbahnen (vgl. gestriges az LT). Doch in der ersten Ausbautranche bis 2025 sei mit 3,5 Milliarden Franken zu wenig Geld eingestellt, kritisiert Bern. Zwar enthalte diese auch Berner Projekte wie den Ligerztunnel und Ausbauten im Bahnhof Bern, so Egger. Doch fehlten drei ebenso dringliche Projekte: der Ausbau der Bahnlinie Bern-Münsingen, Teile des RBS-Bahnhofs Bern und die Vorbereitungsarbeiten für den Doppelspurausbau des Löttschberg-Basistunnels. Ohne diese Projekte könne das prognostizierte Verkehrswachstum nicht bewältigt werden, mahnte Egger. Der Kanton fordert daher, dass die erste Tranche aufs Niveau der Folgetranche von 6 Milliarden erhöht wird. (SDA)

\* Bernhard Meyer aus Langenthal ist seit letztem Jahr Präsident des Wirtschaftsverbandes Oberaargau (WVO). Der 53-Jährige ist Generalagent der Mobilfahrversicherung in Langenthal.

## Zubringer-Gegner sind erfreut über Bundes-Entscheid

**Oberaargau/Emmental** Was sagen die Gegner der Autobahnzubringer Oberaargau und Emmental zum Bundesrats-Nein? Erwartungsgemäss erfreut zeigt sich Johanna Schlegel: «Der Ober-



Johanna Schlegel.

aargau und das Emmental haben kein entsprechendes Verkehrsproblem, das eine derart grosse Investition rechtfertigen würde», sagt die Präsidentin der VCS-Sektion Oberaargau. Zudem müsse man «das Problem via

die Raumplanung grundsätzlich angehen», argumentiert Schlegel.

Die ehemalige Grossrätin der Grünen aus Burgdorf fügt an: «Es gibt inzwischen bessere Möglichkeiten, die Mobilitäts-Herausforderungen der Zukunft zu meistern.» Als Beispiel nennt sie die Mobilitätskonferenz Emmental, in welcher sich «die Gemeinden zusammenraufen und nun zusammen mit dem Kanton Lösungen erarbeiten». Als kleines konkretes Beispiel nennt Schlegel den Velo-Hauslieferdienst: «Was in Burgdorf seit Jahren funktioniert, fasst nun auch in Langnau Fuss. Damit funktioniert es bald auch in Langenthal.» Davon habe schliesslich auch das Gewerbe etwas.

**SP ist «erstaunt über Euphorie»**

Ebenfalls gegen den Autobahnzubringer Oberaargau respektive für die rasche Sanierung der Ortsdurchfahrt Aarwangen engagiert sich seit Längerem die SP Ober-



Adrian Wüthrich.

aargau. Vizepräsident Adrian Wüthrich zeigte sich «etwas erstaunt über die Euphorie des Regierungsrates», kommentierte der Grossrat aus Huttwil am Rande der SP-Fraktionssitzung. Offiziell sei die Medienmit-

teilung des rot-grün dominierten Regierungsrates vom Mittwoch zwar kein Thema gewesen; «im Pausengespräch jedoch schon», so Wüthrich.

Die SP Oberaargau will neue Ausgangslage nächste Woche an der Vorstandssitzung besprechen. (SAT)

### Nachrichten

#### EVP Oberaargau Kanton soll PPP nochmals prüfen

Die EVP Oberaargau bedauert den Entscheid des Bundesrates, den Autobahnzubringer Oberaargau nicht in das Nationalstrassennetz aufzunehmen. Damit sei das für die Region wichtige Projekt akut gefährdet; die alleinige Finanzierung durch den Kanton sei in der aktuellen finanzpolitischen Situation nicht möglich. Wie bereits in der Mitwirkungseingabe zur Zweckmässigkeitsbeurteilung 2007 regte die EVP gestern daher an, für die Finanzierung alternative Finanzierungsmodelle wie Public Private Partnership (PPP) nochmals ins Auge zu fassen (vgl. Interview links). Dahin gehend jedenfalls will der Langenthaler Grossrat Daniel Steiner in der nächste Woche beginnenden Januarsession Fragen stellen. (SAT)